

Ja



***Gleichgewicht
statt Übergewicht***

verwaltungsbremse.ch

Die Verwaltungsbremse:

Eine nötige Ergänzung zur Schuldenbremse und zur Regulierungsbremse

(Urs Furrer, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgV)

Der Schweizerische Gewerbeverband sgV unterstützt die Verwaltungsbremse-Initiative voll und ganz. Diese Initiative bettet sich ein in die übrigen Massnahmen, die nötig sind, damit der Bund nicht weiter zunimmt. Massnahmen, die den Staat dazu bringen, sich auf seine unverzichtbaren Aufgaben zurückzubedenken.

Wie die bewährte Schuldenbremse sorgt die Verwaltungsbremse dafür, dass der Staat nicht übertreibt. Das schützt die Bevölkerung und das Gewerbe davor, die Zeche für eine übergewichtige Verwaltung bezahlen zu müssen. Die Initiative reiht sich aber auch in die jahrelangen Aktivitäten des Schweizerischen Gewerbeverbands sgV zur Verhinderung eines zu stark wachsenden staatlichen Fussabdrucks in der Regulierung ein.

2010 verabschiedete der Schweizerische Gewebekongress in Lugano eine Resolution zur systematischen Messung und Senkung der Regulierungskosten. Jahre später trat das vom sgV initiierte Unternehmensentlastungsgesetz in Kraft. Und in der Frühlingssession 2026 nahmen beide Räte eine – ebenfalls vom sgV initiierte – Motion zur Einführung einer KMU-Regulierungskostenbremse an. Bei der Benennung dieses Instruments haben wir das Wort „KMU“ bewusst verwendet. Denn KMU werden durch Regulierungen viel stärker belastet als Grossunternehmen.

Nebst der Schuldenbremse und der KMU-Regulierungskostenbremse braucht es auch eine Verwaltungsbremse. Denn Bundesämter haben ein Eigeninteresse an der Regulierung: Damit erhöhen sie ihren Einfluss und ihr Budget. Darum braucht es auch Massnahmen beim Personalbudget. Das verlangt der sgV schon länger. Zum Beispiel im Positionspapier des sgV zu den öffentlichen Finanzen oder in der Vernehmlassung zu den neuen Verträgen mit der EU. Auch mit diesen Verträgen ist die Gefahr einer Vergrösserung der Aufgaben und des Einflusses der Bundesverwaltung.

Mit den Löhnen und Anstellungsbedingungen des Bundes können heute nur noch Grosskonzerne und bundesnahe Betriebe mithalten. KMU können das schon lange nicht mehr. Das verzerrt den Arbeitsmarkt. Und das benachteiligt unsere KMU.

Gleichzeitig bläht sich der Bund unaufhaltsam auf. Immer mehr Staatsangestellte befassen sich mit immer mehr unnötigen Tätigkeiten. Und diese Tätigkeiten verursachen ständig neuen Aufwand in den Betrieben. Jüngstes Beispiel: Der Bundesrat will ein sog. «Bundesgesetz über die nachhaltige Unternehmensführung». Das wäre eine weitere Spielwiese für hochbezahlte Leute in Verwaltung, Aufsichtsbehörden, Compliance-Abteilungen, Beratungsagenturen etc. Alles, ohne auch nur einen Rappen Wertschöpfung zu generieren.

Klar: Die Initiative für eine Verwaltungsbremse alleine kann diese unheilvolle Entwicklung nicht stoppen. Denn das, was die Initiative verlangt, ist eigentlich nichts weiter als eine Selbstverständlichkeit: Die Personalausgaben der Bundesverwaltung sollen nicht stärker steigen als der Schweizer Medianlohn. Das ist ein mildes Rezept.

Aber es ist ein richtiges Rezept. Deshalb verdient die Initiative die volle Unterstützung der Wirtschaftsverbände.